



Mehr als nur eine Verkehrsschneise: So stellt sich die Arbeitsgruppe die Hauptstrasse in Birsfelden vor.

GEMEINDE BIRSFELDEN

# Der grosse Wurf bleibt aus

## Birsfelden Das Stadtentwicklungskonzept schlägt viele kleine Massnahmen vor

VON MICHEL ECKLIN

Was wurde in den letzten Jahrzehnten nicht schon alles geplant, um Birsfelden attraktiver zu machen. Die alte Turnhalle hätte eine Mehrzweckhalle werden sollen, was ebenso abgelehnt wurde wie ein 74-Meter-Hochhaus beim Kraftwerk. Die Gemeindeverwaltung wollte man verschieben und ein Tunnel sollte den Verkehr vom Ortskern fernhalten. Es gab Gesamtkonzepte, eine Potenzialstudie und Workshops mit der Bevölkerung - immer in der Hoffnung, die Gemeinde zu verschönern. Konkrete Ergebnisse gab es kaum. Der letzte Versuch ging 2009 bachab, als eine Testplanung scheiterte.

Ein neuer Anlauf liegt jetzt in Form eines Stadtentwicklungskonzepts (Stek) vor. Von grossen Würfen ist im 70 Seiten dicken Bericht der Arbeitsgruppe nirgends mehr die Rede. Die vielen kleinen Massnahmen kommen eher un-

spektakulär daher - und vor allem gehen sie kaum in die Details.

Grösster Brocken ist erwartungsgemäss der Zentrumsplatz, der zum attraktiven Durchgang von der Haupt- zur Kirchstrasse werden soll. Angedacht sind Mischnutzungen in Neubauten und eine Tiefgarage, die den Parkplatz ersetzen soll. Wie das genau aussehen soll, dafür verweisen die Autoren auf ein noch einzuleitendes Projektierungsverfahren.

Die Fläche der Hauptstrasse soll neu aufgeteilt werden, damit für mehr als nur Autoverkehr Platz ist. Entlang der Birs sieht das Stek Potenzial für Luxuswohnungen, Ausnahmeregelungen im Zonenplan sollen Verdichtungen erlauben. Viel erhofft man sich rund um die Sternfeldstrasse, die eine Allee werden soll. Derzeit unternutzte Areale sollen verdichtet werden und so als «Impulsgeber» für die lange ersehnte Entwicklung des Hafens dienen. Hier fin-

det man eine der konkretesten Forderungen des ganzen Berichts: Das Migros-Produktionsgebäude an der Hafens/Sternfeldstrasse soll einem «städtebaulichen Akzent» weichen. Ansonsten bleibt die vorgeschlagene «Grundkonzeption für Nutzungszuordnung» fürs Quartier vage, die Zukunft der Sportanlagen zum Beispiel bleibt ungewiss. An neun «Hotspots», wo die Grundeigentümer sowieso bauen wollen, schlägt das Stek Wettbewerbe vor. Damit soll zum Beispiel an den Ortseinfahrten «auffallende Architektur» stehen.

### Bäume könnten wegfallen

Auch einige heikle Punkte spricht das Konzept an, etwa eine Überbauung der Hagnau. Die Gemeinde hatte vor 30 Jahren das Land ausgezont, was zu einem Rechtsstreit mit der Landbesitzerin führte. Im Stek-Bericht ist die Rede von einem «Dialog mit den Grundeigentümern». Ebenfalls für Unmut dürf-

te die Idee sorgen, Grünraum zwischen den Hochhäusern am Rhein dichter zu nutzen. Wie auch andernorts könnten Bäume wegfallen, die im derzeit geltenden Grünraumkonzept gesichert sind.

Am konkretesten wird das Stek beim Thema öffentlicher Verkehr. Es zeichnet nämlich Varianten auf, wie das 3er-Tram das Sternfeld- und Hafenquartier bedienen könnte. In welcher Linieneinführung und in welcher Kombination mit den Buslinien, dafür empfiehlt das Stek eine vertiefte Untersuchung.

Noch bis zum 12. Juni liegt der Bericht öffentlich auf. Nimmt man die Anzahl Leserbrief im Lokalblatt zum Massstab, ist das Stek derzeit kaum Gesprächsthema in Birsfelden. Der Bericht, den der Gemeinderat schliesslich verabschiedet wird, ist zwar behördenverbindlich. Doch er wird nicht die demokratischen Verfahren ausser Kraft setzen können, etwa bei Zonenplanänderungen.

## GASTKOMMENTAR

### «Hände weg vom Univertrag»

Die Zusammenarbeit für die Universität zwischen Baselland und Basel-Stadt ist seit 1974 ein viel diskutiertes und wichtiges Thema. Ich erinnere mich beispielsweise gut an die Beratungen im Landrat 1995. Fritz Graf, der SVP-Politiker und Landwirt aus Sissach, vertrat als Präsident der Bildungscommission engagiert den neuen Univertrag. Er zitierte dabei bewusst aus einer Strukturanalyse, um den Stellenwert der Universität Basel aus seiner Sicht zu betonen: «Die Uni Basel ist eine der ältesten Universitäten in Europa. Sie hat weit über den Raum Basel hinaus Bedeutung und gibt Impulse in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, die nicht hoch genug eingeschätzt werden können.» Ein solches Verständnis sucht man heute bei den SVP-Vertretern im Landrat vergeblich. Im Gegenteil: Die SVP verlangt die Kündigung des Univertrags.

Es ist tatsächlich Anlass zur Freude und zum Stolz, dass unsere Universität gemeinsam von zwei Kantonen getragen, finanziert und gesteuert wird. Die gemeinsame Trägerschaft, um der Universität Basel neuen finanziellen Spielraum für wichtige Aufgaben zu schaffen, wurde durch die Jahrzehnte über mehrere Etappen erreicht. Es lohnt sich, sich mit diesem Prozess auseinanderzusetzen.



VON LUKAS OTT

### Der Stadtpräsident von Liestal schreibt über die Kündigung des Univertrags.

Der Wirtschaftsprofessor Tobias Studer hat einmal aufgezeigt, dass in den 1980er- und 1990er-Jahren die Gesamtausgaben des Kantons Basel-Landschaft stärker wuchsen als diejenigen des Stadtkantons. Sein Spielraum für Neuengagements sei demnach grösser gewesen.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Kantons setzte Studer gleich mit der Fähigkeit, neue oder erweiterte Aufgaben in Angriff zu nehmen, zu realisieren und ihre Finanzierung durchzusetzen. Es erstaune daher nicht, dass der Kantons Basel-Landschaft sowohl für die

Universität im Speziellen als auch für die Erziehung im Sllgemeinen in umfassender Weise Leistungssteigerungen realisieren konnte als der Stadtkanton.

Aufgrund der Leistungsfähigkeit des Kantons Basel-Landschaft wurde im Univertrag von 2007 dann die paritätische Trägerschaft verankert. Um diese Leistungsfähigkeit zu erreichen, war auf Baselbieter Seite auch eine Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) nötig, mit dem erklärten Ziel, neuen finanziellen Spielraum zu schaffen für wichtige Aufgaben wie die Universität.

War Baselland zuvor mit einem Vereinsmitglied vergleichbar, das einen fixen Jahresbeitrag an die Universität leistet, war der Landkanton nun Kollektivgesellschaft mit langfristigen Verpflichtungen für Nutzen und Gefahr. Dieser Verantwortung soll Basel-Landschaft bitte nachkommen, auch im Sinne der deutlichen Zustimmung zum Vertrag in der Volksabstimmung vom 11. März 2007 mit 58 063 Ja gegen 10 377 Nein. Zu allerletzt jedoch sollte Basel-Landschaft selbst zur kurzfristigen Gefahr für die Universität werden. Dies wäre eine krasse Verkehrung des Volksentscheides von 2007.

In den Univertrag wurden damals zwei Sicherungen zugunsten des Landkantons eingebaut. Erstens muss Basel-Stadt vom Defizit einen Standortvorteil von 10 Prozent übernehmen. Und damit

die Landschaft nicht von Anfang an die vollen neuen Kosten übernehmen musste, wurden sie zweitens für die ersten sieben Jahre von Basel-Stadt politisch abgedeckt. Diese Abfederung, die damals vom Baselbieter Regierungsrat klug ausgehandelt wurde, ist mittlerweile abgelaufen. Man hat es immer gewusst und man konnte sich darauf einstellen. Es stellt sich trotzdem die Frage, ob es reiner Zufall ist, dass jetzt nach Ablauf der Abfederung das grosse Wehklagen über die Unibeteiligung des Landkantons anhebt.

Der Kanton Basel-Landschaft kommt mir immer öfter wie eine Fussballmannschaft ohne Trainer vor. In einer Situation wie der aktuellen, in der das Gleichgewicht verloren gegangen ist, würde der Trainer das Team auffordern, Charakter zu zeigen. Die Universität Basel generiert nachweislich Arbeitsplätze und Steuern in der ganzen Region. Den Vertrag über eine solche Leitinstitution bei erstbestener Gelegenheit kündigen zu wollen, ist von wenig politischem Durchhaltewillen geprägt und der Prosperität unserer Region schlicht und einfach abträglich. Wir dürfen und können uns bei der Universität keine Mittelmässigkeit leisten, auch wenn und gerade weil wir uns nicht mit den ganz Grossen weltweit messen können.

Lukas Ott ist Stadtpräsident von Liestal (Grüne).

## Unteres Fricktal Gemeindefusion geplant

Die Gemeinden Mumpf, Obermumpf, Schupfart und Stein im unteren Fricktal wollen sich zusammenschliessen. Die Stimmberechtigten können im Herbst zweimal darüber abstimmen.

Wenn am 18. September bei den Gemeindeversammlungen und Ende November bei Urnenabstimmungen alle vier Gemeinden der Fusion zustimmen, entsteht der 1. Januar 2018 die neue politische Gemeinde Stein im Fricktal mit rund 6500 Einwohnern.

Die vier bisherigen Gemeinden werden zu Ortsteilen und behalten ihre bisherigen Namen. Alle Adressen und Postleitzahlen sollen unverändert bleiben, wie die Projektgruppe am Dienstag mitteilte. Auch auf das Vereinsleben im Dorf habe das Zusammengehen keinen Einfluss.

In der neuen Gemeinde sollen weiterhin Gemeindeversammlungen stattfinden. Für die Wahl von Gemeinderat, Finanzkommission, Schulpflege und den Stimmenzählern werden für die erste Amtsperiode Wahlkreise gebildet, damit alle Ortsteile in diesen Gremien vertreten sind.

Der Hauptstandort der Verwaltung befindet sich künftig im Ortsteil Stein und umfasst die Gemeindkanzlei, die Einwohnerkontrolle, die Bauverwaltung und den Sozialdienst. Am Nebenstandort Mumpf werden die Abteilung Finanzen und das Betriebsamt geführt. (SDA)

## Zwingen

### Kein Kleinkraftwerk im Gebiet Grossmatt

Die Baselbieter Baurekurskommission schreibt das Baugesuch der Elektra Baselland (EBL) für ein Kleinkraftwerk im Gebiet Grossmatt in Zwingen ab. Die Fischereipachtvereinigung Laufen (Fipal) sowie der WWF Region Basel, die gegen das Kraftwerk Beschwerde führten, dürfen feiern. Der Entscheid der Kommission setzt den Schlussstrich unter ein Verfahren, in dem von Anfang an der Wurm drin steckte.

Im September 2014 hiess das Kantonsgericht bereits eine Beschwerde von Fipal und WWF gut. Allerdings äusserte sich das Gericht damals nicht materiell zum geplanten Kraftwerk, sondern wies auf formale Mängel hin: So verletzt Baselland Bundesrecht, weil es bei den Bewilligungsverfahren keine einheitliche Beschwerdeinstanz kennt. So mussten WWF und Fipal gegen die Kraftwerkskonzession beim Kantons-respektive Verwaltungsgericht Beschwerde erheben, gegen die Baubewilligung dann aber bei der Baurekurskommission. Der Kanton hat in der Zwischenzeit den Handlungsbedarf erkannt; eine Neuregelung des Bewilligungsverfahrens ist in Arbeit.

Sind die neuen Regeln in Kraft, könnte das Kraftwerksprojekt neu aufgelegt werden. Der WWF und die Fischereiverbände fordern hingegen gemäss einer Mitteilung von gestern die EBL dazu auf, nun auf das Kleinkraftwerk endgültig zu verzichten. (HAJ)

## Heizölpreise

Die bz hat sich bei drei Brennstoffhändlern unserer Region nach den aktuellen Preisen auf dem Heizölmarkt erkundigt. Für gestern Dienstag galten dabei folgende Ansätze und Tendenzen für **Ökoheizöl schwefelarm**:

Bestellmenge in Litern	Preise in Fr./100l	
1500 - 2199	85.10	86.80
2200 - 3000	81.90	83.40
3001 - 6000	79.20	81.90
6001 - 10 000	77.50	79.30

Preise: inklusive MwSt, CO<sub>2</sub>-Abgabe und Transport. **Tendenz: keine.**